

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 2. Juli 1932

Nummer 53

## Freiheitsruf der Eisernen Front!

Ihr habt seit Jahrzehnten den Kampf für die Einheit und Freiheit Deutschlands geführt. In Euren Herzen lebte selbst noch in den letzten Jahren der Entbehrung und Bitterkeit die Hoffnung auf den sozialen Volksstaat, auf ein neues Deutschland. Ihr habt seine Grundlagen geschaffen. Ihr wolltet es ausbauen zu einer Heimat für alle Deutschen.

Statt dessen kam die Not. In allen Ländern der Welt stieg die Flut der Arbeitslosigkeit. In Deutschland feiern Millionen und aber Millionen Hände. Ihr Schicksal ist Armut und Hunger.

Die letzte Notverordnung der gefarnten Hitler-Regierung überantwortete die Arbeitslosen der Armenpflege. Selbst den Opfern des Kriegs und den Invaliden der Arbeit wurde die kümmerliche Rente gekürzt.

Die letzten Wochen zeigten Euch, was das „Dritte Reich“ bringen wird. Wer nichts besitzt, ist vogelfrei. Wer wenig hat, dem soll auch das Wenige genommen werden. Werviel hat, dem hilft der Staat. Zugleich mit den neuen Uniformen für die SA. sind den Arbeitern, Angestellten und Beamten neue Notverordnungsjacken verpaßt worden. Das schaffende Volk in Stadt und Land trägt die graue Uniform des Elends.

**Der Preis, den das neue Kabinett für die Tolerierung an Hitler zu zahlen hatte, war die Auflösung des Reichstags, die Aufhebung des eben erlassenen Verbots der Hitlerschen Privatarmee und die Auslieferung Preußens an die Nationalsozialisten.**

Die braune Garde Hitlers marschiert wieder und durchbricht alle Schranken der Ordnung. Ermutigt durch die Reichsregierung und auf deren Versprechungen pochend, ist die SA. zum offenen Kampf gegen einzelne Landesregierungen angetreten, um sie unter ihre Botmäßigkeit zu zwingen. So kündigt sich das „Dritte Reich“ an, in dem die Todfeinde des werktätigen Volkes nach ihrer Willkür herrschen wollen, das Deutschland, in dem es zweierlei Recht und zwei Nationen gibt: die Nation der Bevorrechteten und die Nation der Hungerlöhner und Almosenempfänger.

Berlin, Ende Juni 1932

**Für die arbeitende Masse die Hungerpeitsche!  
Für die großen Kapitalisten in Stadt und Land die „Wohlfahrtsunterstützung“ der Subventionen! Für die Schergen des Kapitals neue Uniformen!**

Darin erschöpft sich die Kunst der neuen Regierung, die sich berufen fühlt, Deutschland wirtschaftlich und moralisch wieder aufzurichten. Die Regierung, die heute das Steuer des Reichs in Händen hält, mißachtet den Willen der überwältigenden Mehrheit des Volkes, die am 13. März und 10. April für Hindenburg stimmte, um Demokratie und Republik zu retten. Sie stützt sich auf die Kräfte, die die Gewalt auf ihre Fahnen geschrieben haben und tagtäglich mit kaum zu überbietender Brutalität den Bürgerkrieg schüren.

**Wo Gewalt vorrecht geht, gibtes keine Freiheit und keine Sicherheit.**

Der Sieg der Gegenrevolution würde Euch wehrlos denen preisgeben, die aus dem Krieg nichts gelernt haben, als auf Volksgenossen zu schießen.

**Männer und Frauen der Eisernen Front! Dahin darf es nicht kommen.**

Deutschland darf nicht der Diktatur einer politisch unfähigen Clique ausgeliefert werden. Es muß verhindert werden, daß sich die SA. zum Herrn der Strafe macht und den letzten Rest staatsbürgerlicher Freiheit zertrampelt. Der Kampf gegen diese Feinde des Volksstaates und ihre Bürgerkriegsgarden ist Eure geschichtliche Aufgabe. Es ist ein Kampf um Eure Freiheit!

**Der 31. Juli ist ein Schicksalstag im Freiheitskampf des deutschen Volkes.**

Männer und Frauen des schaffenden Volkes! Setzt Euch zur Wehr gegen die Vernechtung, kämpft gegen die vereinten Kräfte der Reaktion!

**Scharf Euch um das Freiheitsbanner der Eisernen Front!**

Schmücket Euch mit den Symbolen des Kampfes!

Tragt die drei Pfeile durch die Straßen, in die Betriebe, auf das Land hinaus! Millionenfach brause Euer Freiheitsruf durch Stadt und Land, die Freunde weckend, die Feinde schreckend!

**Ihr werdet siegen, wenn ihr einig seid!**



**Drei Pfeile** sind das Symbol aller Freiheitskämpfer in der Eisernen Front.

**Drei Pfeile** fliegen dem Feind entgegen, der mit Lüge und Niedertracht den politischen Kampf führt.

**Drei Pfeile** sind das Symbol der Aktivität, der Disziplin und der Einigkeit. In ihrem Zeichen kämpfen die Massen.

**Drei Pfeile** sind das Symbol der Kampfentschlossenheit, der Treue und des Glaubens an den Sieg.

Liefert der Welt den überwältigenden Beweis, daß die deutschen klassenbewußten Arbeiter für ihre große Sache zu kämpfen und zu opfern wissen.

**„Freiheit“ ist der Kampfesruf!  
Vorwärts im Zeichen der drei Pfeile!  
Durch Kampf zum Sieg!**

**Reichskampfleitung der Eisernen Front**

# Unternehmertum und neue Reichsregierung

Wenn die hasserfüllte Abneigung des Unternehmertums gegen die bisherigen achtzehn Reichsregierungen der Nachkriegszeit bekannt war, der konnte schon mit einer gewissen Spannung darauf warten, welche Aufnahme wohl die neunzehnte Reichsregierung, nämlich die des Herrn v. Papen, bei den Unternehmern finden würde. Die Spannung hat sich schnell gelöst. Das erste Auftreten und die ersten Regierungsmaßnahmen dieses Kabinetts der Ständevertretung haben eine wohlwollende Aufnahme in der Unternehmerpresse gefunden. Und wenn man dieses Wohlwollen noch ein bißchen vertieft zu verdeben sucht, so mußte das schon so sein, um sich nicht zu früh von der Arbeitererschaft in die Karten guden zu lassen. Denn wenn es unter den neunzehn Regierungen der Nachkriegszeit eine gegeben hat, die ihr Dasein dem Unternehmertum aus Industrie und Landwirtschaft verbandt, dann ist das die Regierung des Herrn v. Papen, die sich ja selbst als eine Regierung der „nationalen Konzentration“ bezeichnet hat, also einer Konzentration, die mit den Mitteln des Unternehmertums in der nationalsozialistischen Masterade zu Stande gekommen ist. Diese Feststellung ist nicht zu erschüttern. Sie wird durch die Tatsache belegt, daß sich das Programm der Nationalsozialisten, soweit man von einem solchen überhaupt reden kann, vollkommen mit den Forderungen deckt, welche das Unternehmertum besonders auf arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Gebiet bisher erhoben hat. Ein Blick in die Presse der beiden Bundesländer genügt, um diese Tatsache bestätigt zu finden, die durch keinerlei Abweichungen mehr aus der Welt geschwindelt werden kann. Beiden ist, um dies vorweg zu nehmen, eine Lüge im Kampf gegen die Arbeitererschaft zum eisernen Bestand geworden, die sich nicht nur gegen die politische Organisation der Arbeitererschaft, sondern auch gegen die Gewerkschaften richtet, und das ist die Lüge von der „marxistischen Mißwirtschaft“. Für die gesamte Entwicklung der Verhältnisse der Nachkriegszeit, unter denen die Arbeitererschaft am meisten zu leiden gehabt hat, wird die Arbeitererschaft selbst verantwortlich gemacht. Eine gewisse Lüge, die sich dadurch zusammenbricht, daß die Arbeitererschaft, wenn sie in der Nachkriegszeit bestimmten Einfluß gehabt hätte, die Opfer des Krieges nicht sich selbst, sondern denen auferlegt hätte, deren Einfluß selber stärker war und in deren Schatten die gegenwärtige Regierung sich dazu aufstellt, den wirtschaftlichen und politischen Einfluß der Arbeitererschaft vollends zu beseitigen. Richtig ist, daß die Arbeitererschaft den ihr zur Verfügung stehenden Einfluß selbstverständlich geltend gemacht hat, um nicht alle Lasten auf sich nehmen zu müssen. Daß die Entstehung für die Entwicklung der Verhältnisse der Nachkriegszeit nicht bei ihr lag, sondern demzufolge auch keine „marxistische Mißwirtschaft“ trotzdem vorliegt, geht aus ihrer Beteiligung an den bisherigen Reichsregierungen hervor: In den neunzehn Regierungen, die seit 1919 im Reich gebildet wurden, stellte die Sozialdemokratie nur neunmal Minister, darunter sechsmal den Reichsminister; in jeder dieser Regierungen waren ihre Minister in der Minderheit, und an zehn Regierungen war sie überhaupt nicht beteiligt. Sie war während der 180 Monate, vom Februar 1919 bis zum Juni 1932, überhaupt nur 63 1/2 Monate an der Regierung beteiligt. Sie stellte auch während ihrer Regierungsbeteiligung immer nur eine Minderheit der Reichsminister, niemals die Mehrheit. Wenn also ein Schuldvolk der arbeitereindlichen Koalitionsbrüder leicht zu widerlegen ist, so dieser. Es sollte nur noch, daß man den neuen Nachläufern der von den Unternehmern aufgepöppelten Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ergötzt, daß auch der Lohnabbau der Regierung Brüning zu der „marxistischen Mißwirtschaft“ gehört, für die die Arbeitererschaft verantwortlich gemacht wird, obwohl sie, wie die obigen Angaben über ihre Regierungsbeteiligung beweisen, niemals verantwortlich an den Regierungen der Nachkriegszeit beteiligt war.

Daß diese Lüge, wie alle anderen gegen die Arbeitererschaft verbreiteten Lügen, nur Zweckdienen sind, die einzig und allein den Einfluß der Arbeitererschaft in Staat und Wirtschaft vollends beseitigen sollen, damit die Homogenität des Unternehmertums, der Hitlerpartei und der Papen-Regierung durch sie nicht mehr gestört wird, beweist ein Blick in die Unternehmerpresse, als deren maßgebendes Sprachorgan „Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ angesehen werden darf.

„Ein erster Schritt“ betitelt sie verheißungsvoll einen Artikel, der zu den Notverordnungen vom 14. Juni 1932 und damit zur Papen-Regierung Stellung nimmt. Der Artikel wärmt noch einmal den Rißbiss auf, daß ausgerechnet die Regierung Brüning, die von allen Regierungen aus faßbarster Standeher Mißbilligung auf die „Wirtschaft“ der Arbeitererschaft die empfindlichsten Opfer auferlegt hat, infolge „gewerkschaftlicher Hemmung“ kurz vor dem Ziel gestürzt sei. Wenn man einen unberechtigten Vorwurf gegen die Regierung Brüning erheben kann, dann ist es dieser. Denn wenn man bei insgesamt 20 Proz. Lohnabbau, bei einer Kürzung selbst des Ferienlohns, bei der Geburtshilfe zu allen verschlechterten Mantelarbeiten und ähnlichen „Segnungen“ für die Arbeitererschaft noch von gewerkschaftlichen Hemmungen bei dieser Regierung zu sprechen wagt, dann ist das entweder die Aufschauung eines nicht mehr ernst zu nehmenden Unternehmerrödlings oder ein Stück Demagogie, das nicht mehr überboten werden kann, und daher in das Gebiet einer schmutzigen und heuchlerischen Kampfesweise verweisen werden muß. Wenn aber die Regierung Brüning nach der Meinung dieses Scharfmacherorgans schon mit gewerk-

schaftlichen Hemmungen belastet war, dann kann man sich ungefähr vorstellen, was die dahinterstehenden Scharfmacher von der Regierung des Herrn v. Papen erwarten.

Während sie Brüning Mangel an „zielklarer Produktionspolitik“ vorwerfen, schmeheln sie der neuen Regierung (als ob sie das für ihr Geld nötig hätten): „Das neue Reichskabinett v. Papen scheidet diesen Weg beschreiten zu wollen.“ Uns scheint das gar nicht nur so zu scheinen. Es beweist vielmehr, daß das der Preis ist, um dementsprechend das Unternehmertum diese Regierung in den Sattel gehoben hat. Und sollen sie keine Gegenleistungen fordern, nachdem Hitler die Auflösung des Reichstags und die Aufhebung des Uniformverbots schon in der Tasche hat? Aber die Notverordnung war ja nur „ein erster Schritt“. Was die Unternehmer außer der „zielklaren Produktionspolitik“ von der Regierung fordern, soll nicht lange auf sich warten lassen. Und bei näherer Betrachtung dieser Forderungen werden wir ihre Übereinstimmung mit denen der Nazis unschwer entdecken.

Ganz besonders trifft, das auf die Kennzeichnung des Staates als „Wohlfahrtsstaat“ zu. Man hat zwar nie etwas dagegen gehabt, daß der Staat dem Unternehmertum in allen Lagen reichliche Subventionen zustehen ließ, und das erwartet man für die Zukunft in noch stärkerem Maß. Wie aber der Staat es als seine Aufgabe betrachten konnte, hungernde Arbeiter mit bescheidenen Mitteln noch am Leben zu erhalten, das ist eine Aufgabe, die ganz und gar nicht in das Programm unfers brutalen Unternehmertums hineinpaßt. Nach dieser Richtung hin hätte die Regierung, wie „Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ schreibt, „jezt schon in manchen Punkten einen Schritt weiter gehen können.“ Und um über ihre künftigen Erwartungen gar keinen Zweifel aufkommen zu lassen, schreibt sie mit unerbörter Offenheit: „Wir fragen uns beispielsweise vergeblich, warum in der Arbeitslosenversicherung das Versicherungsamt für die ersten sechs Wochen aufrecht erhalten werden mußte. Eingebildeten Reichsanprüfern zu liebe werden dadurch die öffentlichen Finanzen stärker beansprucht, als es sein brauchte, und wir glauben nicht, daß sich das heute noch verantworten läßt. Grundhaft muß sein, die Bedürfnisse ausreißend zu verfolgen, die andern aber für sich selber sorgen zu lassen.“ Da haben wir die Übereinstimmung mit den Nationalsozialisten, die an die Stelle der Arbeitslosenunterstützung das Ideal eines Justizstaats, die Arbeitsdienstpflicht, setzen wollen. Sinngemäß mit der Arbeitslosenunterstützung, hinweg mit den sechs Wochen Unterfütterungsanspruch, der trotz der enormen Beiträge der Arbeiter nur ein eingebildeter Anspruch ist, alles hat sich bei der Regierung v. Papen nicht geändert. Und was die Arbeitslosenunterstützung angeht, so ist es ein wenig anders. Mögen die sechs Millionen Arbeitslosen, die als Opfer der wirtschaftlichen Unfähigkeit des Unternehmertums seit Jahren auf der Straße liegen, selbst für sich sorgen. Können sie das nicht, dann mögen sie sich dem Unternehmer zu Bedingungen anbieten, die die Verschlagung jedes tariflichen Rechts zur Folge haben müßten, eine Forderung, in der sie wiederum mit den Nationalsozialisten vollkommen übereinstimmen. Denn wie wir schon kürzlich mitteilten, erklärte der Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung der Reichsleitung der NSDAP, Dr. Otto Wagner: „Wenn ein organischer Wirtschaftsaufbau durchgeführt ist, dann wird der Augenblick gekommen sein, in dem man die heute notwendige Form des Tarifwesens aufhebt und über die vom Staat festzusetzenden Mindestlöhne einen möglichst weiten Spielraum für die freie gegenseitige Vereinbarung offen lassen kann.“ Also zielklare Produktionspolitik, die Forderung der Unternehmer, organischer Wirtschaftsaufbau, die Forderung der NSDAP. Damit wären wir dann in dem vielversprochenen Dritten Reich der Nazis, das auch, wie wir gesehen haben, das Reich des Unternehmertums ist angelangt.

Am an der Übereinstimmung der reaktionären Bundesbrüder keinen Zweifel zu lassen, sei noch auf die Stellungnahme des Unternehmerrödlings zur „Arbeitsbeschaffung“ hingewiesen. Es schreibt, nachdem es die Arbeitslosenunterstützung erledigt und die Arbeitslosen auf dem Weg der „Wohlfahrtsunterstützung“ dieses Staates verweisen hat: „Besser als der freiwillige Arbeitsdienst wäre die Arbeitsdienstpflicht, und an Stelle der öffentlichen Arbeiten würden wir sehr viel lieber Beschäftigungsmöglichkeiten in den Privatbetrieben sehen.“ Also Arbeitsdienstpflicht, und diese möglichst in den Privatbetrieben. Das wäre das Ende des freien Arbeitsvertrages, damit wären die Arbeiter zu modernen Arbeitsklaven gemacht und um alle Rechte gebracht, die sie sich seit Jahrzehnten erworben. Mit diesem Programm begründet das Unternehmertum die Regierung des Herrn v. Papen. Die Tatsache der völligen Übereinstimmung ihrer Forderungen mit denen der Nationalsozialistischen Deutschen „Arbeiterpartei“ zeigt, wohin die Fahrt ins Dritte Reich geht. Unternehmertum, Nationalsozialisten und Papen-Regierung sind eine Firma. Die mit dem Geld des Unternehmertums geschaffene NSDAP ist das Fundament, auf dem die Papen-Regierung ruht. Diese Zusammenhänge zu erkennen, heißt der Reaktion die Larve vom Gesicht reißen, wozu die bevorstehenden Reichstagswahlen der Arbeitererschaft die nächste Gelegenheit geben. Hier gilt es, den Reaktionären aller Schattierungen zu zeigen, daß die Arbeitererschaft auch noch da ist!

# Das hohe Lied der Einheitsfront

Eine der bedauerlichsten Erscheinungen in der gegenwärtigen Periode politischer Machtentstehung ist die Tatsache, daß die proletarische Klasse wirtschaftlich, kulturell und politisch in verschiedenen Lagern steht. Schon durch diese Tatsache ist die Schlagkraft und Entschlossenheit der Arbeitererschaft bis zu einem gewissen Grad geschwächt, da sich viele Kräfte, und nicht immer die schlechtesten, bei den Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen verbrauchen. Das Bürgertum, das sich in der Nachkriegszeit in einer fast hoffnungslosen Zersplitterung befand, hat es verstanden, durch eine politische Umgruppierung und Neugründung einer Partei (Nazi) der Bewegung neuen Lebensauftrags zu geben. Durch weitestgehende Unterfütterung kapitalistischer finanzkräftiger Kreise, die nach dem Bankrott ihrer Konzerne von dem verfallenden System, das man mit allen Mitteln bekämpfen muß, Subventionen in Anspruch nahm, ist es gelungen, fast alle seit Jahren bestehenden bürgerlichen Gruppen aufzureden und in einer Partei zusammenzufassen.

Heute sehen wir das Drängen der vereinten Reaktion zur Macht. Alle Kräfte der Arbeitererschaft müssen im Kampf um die Erhaltung der elementarsten Rechte der Arbeiterbewegung eingesetzt werden. Leider ist bei der Arbeitererschaft nicht die gefühlvolle Phalanx vorhanden, die notwendig wäre, alle Angriffe der vereinten, zur Macht strebenden Reaktion abzuwehren. Im wesentlichen hat sich die Arbeitererschaft in der sozialistischen Partei und den Gewerkschaften die Kampftruppe erhalten. Darüber hinaus aber schart sich ein Teil der Arbeiter um die Fahnen der kommunistischen Partei. Dieser Teil der Arbeiter ist aber bei der bevorstehenden Machtentstehung nicht mit einer Handbewegung beiseite zu legen. Mit diesen beiden genannten Gruppen ist die Zersplitterung der politischen Kraft der Arbeitererschaft leider noch nicht endgültig aufgezeigt. Bei dem Großreinemachen der kommunistischen Partei im Jahre 1929/30 wurden alle nicht garantiert 100prozentigen aus der Partei ausgeschlossen, die einen eigenen Laden aufmachen mußten und seit dieser Zeit weder Leben noch Herben können.

Eine ebenfalls kleine unbedeutende Gruppe im politischen Leben stellt die Führung von Seydewitz aus der SPD, ausgetretene SA, dar. In seinen Kreisen der Arbeitererschaft aber wächst der Gedanke allmählich, daß diese Zersplitterung der eigenen Kräfte kein Vorteil für die eigene Klasse, sondern für den Klassengegner ist. Die Massen der letzten Wochen, Anhalt und Hessen, beweisen mit aller Deutlichkeit die Unsinngkeit einer Kräftezersplitterung im proletarischen Lager. In Anhalt haben die verlorenen Stimmen der SA, den Nazis die absolute Mehrheit gebracht, und in Hessen hat der abscheuliche Zersplitterungsakt der proletarischen Kräfte der vereinigten SA, und SPD, nahezu 50 Prozent ihrer Stimmen gestohlet. Seit langem erkennt auch die Führerschaft der proletarischen Parteien die Notwendigkeit einer einheitsfrontlichen Aktion zur Bekämpfung des Faschismus an. Vor allem die starke Anschwellung nationalsozialistischer Stimmen bei der Präsidentschaftswahl zeugen blickartig die Notwendigkeit gemeinsamer Aktion. Aus der Erkenntnis bis zur Tat ist leider ein großer Schritt. Ein Versuch der Einheitsfront, eine einheitsfrontliche Linie im Kampf gegen den Faschismus zu finden, fand nicht den notwendigen Widerhall. Die Situation wird für die proletarische Klasse von Woche zu Woche schwieriger. Um zu beweisen, daß ein unerfüllbarer Wille zur Errichtung einer proletarischen Einheitsfront vorhanden ist, wirt die kommunistische Partei in ganz kurzen Abständen durch diesen oder jenen neu gebildeten Ausschuß Flugblätter unter die Arbeitererschaft, die alles anders zeigen, als den festen entschlossenen Willen zur Einheitsfront. Einmal beschwört man die Einigkeit mit der sozialdemokratischen Arbeitererschaft gegen die Verräterführer. Welche Organisation oder welcher Arbeiter hat nicht auch schwere Bedenken gegen eine Führergarnitur der jetzigen KPD? Man kann nicht eine Einheitsfront antreiben und im gleichen Moment die Führer der andern Gruppe, mit der man eine Einheitsfront machen will, beschimpfen. Außerdem müßte man dann schon die notwendige Konsequenz aus dieser Beschimpfung ziehen und ebenfalls die eigenen Führer zum Rücktritt auffordern. Ein andermal, wie es im preussischen Landtag geschehen ist, erklärt sich die KPD, nach verschiedenen vorhergegangenen Schätzungen bereit, einem Sozialdemokraten als Landtagspräsidenten ihre Stimme zu geben, wenn Sozialdemokraten und Zentrum seinen Nationalsozialisten in das Präsidium wählen. Wie durchsichtig ist diese Parole. Man versucht, von vornherein eine Schwierigkeit zu schaffen, um nach außen für alle Eventualitäten bedekt zu sein. Ist das erhellende Wille zur Herbeiführung der Einheitsfront der proletarischen Klasse? Was nicht der Klassengegner aus dieser Handlungsweise den Vorteil ziehen? Als Beweis seien nur wiederum die Vorgänge im preussischen Landtag erwähnt. Nach Ablehnung des Zentrums stimmten die Kommunisten für ihren eigenen Kandidaten. Ganz genau wußte die KPD, daß dieses für-den-eigenen-Kandidaten-stimmen einen Nationalsozialisten als Präsidenten brachte. Ihre proletarische Pflicht wäre es gewesen, eben ohne eine Bedingung für einen Sozialdemokraten zu stimmen. Zwischen Grundfäßlichkeit und Taktik ist im politischen Leben oft eine große Kluft. Auch die KPD, hat in der vergangenen Zeit bewiesen, daß nicht immer die Grundfäßlichkeit im Vordergrund stehen kann. (Wolfsbegehren Preußen und Sachsen.)

Die gegenwärtige Situation drängt nach der einheitsfrontlichen Aktion der proletarischen Klasse. Hat man diese Notwendigkeit erkannt, dann muß man auch bedingungslos

bereit sein, jeden Schritt zu tun, der zur Annäherung führt. Nicht Parteinteresse, sondern Klasseninteresse sei die Richtschnur unseres politischen Handelns. Klasse ist aber nicht Partei.

Möge die KPD. erkennen, ehe es zu spät ist, daß sie auch eine Verpflichtung hat, dem großen Bruder Rußland gegenüber in Deutschland eine einheitliche Arbeiterschaft mit bauen zu helfen. Der Klassenfeind lebt nur von unserer Uneinigkeit. Hinweg mit allen andern Bedingungen und Forderungen als derjenigen, daß gegenseitige politische Bekämpfung der Arbeiterschaft unbedingt zu unterbleiben hat, und die vereinte deutsche Arbeiterklasse wird in der einheitlichen Aktion den Faschismus schneller besiegen, als wenn verschiedene Heerhaufen mit überflüssigen Reibereien gegen diesen marschieren.

Leipzig. Herbert Roschid.

### Arbeiter-Einheitsfront!

In der Bundesausschußsitzung des ADGB. vom 14. Juni 1932 brachte der Vorsitzende u. a. zur Sprache, daß die kommunistische Opposition sowohl wie der Vorstand der GAW, und zwar jede für sich, an den Bundesvorstand Einladungen zur Errichtung der Einheitsfront der Arbeiterschaft gerichtet haben. Der ADGB. ließ es in dem Schreiben dieser Parteigruppen, sei berufen, die Initiative bei diesem Versuch zu ergreifen. Der Bundesvorstand ist jedoch der Auffassung, daß diese Gruppen am wenigsten berechtigt seien, nach einer Einheitsfront zu rufen, auch sei genügend klar, was sie darunter verstehen. Ein Eingehen auf ihre Anregungen sei nicht eher möglich, bevor nicht diese Parteispalter durch ihr Verhalten bewiesen hätten, daß sie ihre sinnlosen Angriffe gegen die Gewerkschaften einzustellen gedenken. Gut! Aber muß man sich nicht fragen, ob in dieser so ungewöhnlich ernsten und schweren Zeit, in der die Erzeugnisse partieller und gewerkschaftlicher Kämpfe der letzten 40 Jahre auf dem Spiel stehen, nicht in mehr diplomatischer Weise an diesen Gegenstand herangegangen werden könnte? Man sollte meines Erachtens mit mehr Freude und Vertrauen die Hände unserer Arbeitsbrüder nehmen, selbstredend unter gegenseitiger Verstärkung beiderseitigen Unterlassens der bisherigen Geheißigkeiten. Bei gutem beiderseitigen Willen ließe sich ganz gut eine Arbeiter-Entente bei Achtung der parteilichen Ideen gründen. Kein Mann ist heute zuviel! Es ist doch schon begrüßenswert, wenn in der Not allen Klassenbrüder die Einsicht kommt, daß nur in Einheit uns stark machen kann gegen Sozialreaktion. Es geht um alles. Fehler haben alle gemacht, jeder will das Allerbeste für die Arbeitenden. Es wird und muß sich eine Norm finden, unter der wir im Interesse der deutschen Arbeiterschaft Schulter an Schulter, den gesamten linken Flügel umfassen.

Wir haben erlebt, was aus der Langmut und dem zimmerlichen Erwägungen, mit denen wir innerpolitischen Fragen begegnet sind, geworden und uns besetzt worden ist. Fürstenabfindung und Verhalten der Prinzen im jetzigen Parteistreit! Das Landvolk, denen wir sozialistische Ideen vor dem Krieg gepredigt haben, ist uns nach 1918 langsam aber sicher entfremdet worden, weil wir uns nicht getrauten, die großen Rittergüter zum Vorteil des gesamten Volkes unter den landhungrigen Kleinbauernöffnen und Stöckern aufzuteilen. Vor dem Krieg hatte der Gutsbesitzer das Patronat über Schule und Kirche in seinem Gutsbezirk. Wie er daselbe ausübte, wissen wir. Das Volk wurde in seiner Dummheit erhalten, um nicht Lebensvorteile (Begrüben nach Ansicht der Junker) auf Grund ihres geistigen Wissens zu fordern. Die preußische Ver-



## Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Gustav Pöhlke in Leipzig  
Eingetreten: 2. Juli 1882  
Seit Invalide



Hermann Zopp in Berlin  
Eingetreten: 27. Juni 1882  
Seit Invalide



Hermann Zemmler in Rastow  
Eingetreten: 8. Juli 1882  
Seit Invalide



L. Meindl in Landskron (Bozen)  
Eingetreten: 4. Juli 1882  
C. F. Meisch Gmbh.



fassung von 1919 hatte damit ausgeräumt. Jetzt will das Kabinett wieder die alten Zustände einführen. Was Sie schon vor 100 Jahren von den Gutsbesitzern sagte, ist also heute auch noch wahr. Brutal wehrt sich der Junker gegen jede sittliche Auffklärung der Arbeiter und läßt sie in ihrer Dummheit seinen eigenen Interessen Dienste der schamlosesten Art leisten. Heute stellen diese Landvolkmassen den größten Prozentsatz der Hitlerkollaten. Auf dem Lande wie in den Kleinstädten herrscht wie in dem Klassenstaat von einst Willkür und Terror, zum Schaden der wirtschaftlich Schwachen, zum Nutzen der Praffer und Satten. Die Grundbesitzer bekommen vom kapitalistischen Staat Unsummen von Zuwendungen für ihre verträchten, überprüf-

beten Güter, und wir, wir werteschaffenden Menschen, wir Hungernden müssen diese Summen durch harte Fron aufbringen. Es muß dem Arbeiter auf dem Acker, im Bergwerk, in Werkstatt und Fabrik ins Herz gehämmert werden, daß er wegen seiner Arbeit, wegen seines Fleißes auch ein Anrecht an allen Gütern des menschlichen Bedarfs hat. Er braucht, er darf nicht hungern; er hat das erste Anrecht an allem, was er erzeugt, durch seine Begabung und Hände gefaßt. Wir wollen nichts Unstiftliches, alle sollen leben, die willens sind, auch Arbeit zu leisten, aufbauende Arbeit zum Wohle des Volksganges wie der Menschheit. Jeder nach seiner geistigen Begabung und handlichen Fähigkeit, und nicht, wie jetzt schon wieder, wo die Geldadulterlinge wieder die Führer stellen und der intelligente Arbeitsohn nur Frondienst leisten darf. Habt ihr euch schon mal überlegt, warum so mancher „bessere“ Beamtensohn ins Hitlerlager gegangen ist? Nur um den Klassenstaat von einst wieder aufzurichten. Das Bürgerturn wehrt sich mit seinem sinnlosen Eigendünkel gegen euren Wahlspruch: Dem Tüchtigen freie Bahn! Sie kennen nicht die Bedeutung des Wortes des Freiherrn vom Stein: „Es geht noch mancher Minister hinter dem Pflug“.

Und dann noch eins. Vorerst mehr Aktivität von uns bei den Kleinhändlern. Noch ist der Konjunkturaufschwung überall hingetragen. Hier empfiehlt sich ein größeres Selbstbewußtsein und ein Betonen der Abhängigkeit des Geschäftsmannes vom laienhaften Arbeiter. Nicht nach der Devise „Des Brot ich esse, des Lied ich sing“, aber ein höfliches Nachhelfen dergestalt: hab ich zu essen, d. h. verdiene ich gut, verdienst du auch, also liegt es in deinem eignen Vorteil, wenn du uns nicht entgegenarbeitest. Ferner muß nun endlich mit einer Duldsamkeit ausgeräumt werden, die an Selbsterleuchtung grenzt. Wir haben es endgültig satt, weitere Notopfer zu tragen, weil wir wirtschaftlich und seelisch am Ende sind. Die Herren in der jetzigen Reichsregierung haben nichts vom Ende des Weltkrieges gelernt. Damals hat man auch von der Volksmasse ungeheure übermenschliche Opfer an Geist und Körper verlangt; in der Heimat verhungerte das Volk, draußen verblutete es im Schützengraben. Und die Kriegsheer und Kriegsinteressenten saßen beweislos entweder in der sicheren Etappe oder in den internationalen Luxusbädern und amüsierten sich bei vollen Tischen mit ihren Huren. Heute müssen die Schwächsten wiederum die größten Opfer bringen und die Rechnung aus dem reichsfeindlichen Krieg bezahlen, und die Satten gehen leer aus und ziehen den Staat immer mehr aus. Also Schluss mit einer Duldung, die von unsern Klassengegnern nur als Schwäche angesehen wird. Großagrarier, Prinzen und monarchische Generale, Schlotbarone und die von ihnen bezahlten Volksverführer sowie ein nicht unerheblicher Teil der Ritterschafft haben dem werktätigen Volk Ketten geschmiedet, um ihren Herrenstaat wieder aufzurichten. Wiele unsern Klassengegnern, die jahrelang arbeitslos sind, wurden zum Bettler degradiert; viele, die Verzagen, schliffen aus dieser „Goshafter“ elenden Welt, manch einer strauchelt aus bitterster Not über die Geleise. Alle Kollegen schütteln verwundert die Köpfe über die jetzige Ritterschafft unter uns Arbeitern; aber alle sind verbittert und aufs tiefste gereizt. Es bedarf nur eines Bündnisses der Gesamtarbeiterschaft, um diesen Herrenstaat von früher zu bannen und diese Desparados zum Rückzug zu zwingen.

Also keine falschen Bedenken, jeder Arbeiter muß willkommen sein, der mit sich, den allen Arbeitern gemeinsamen Feind niederkümpft; sind erst alle unter den Banner der Einheit, Brüderlichkeit und Freiheit versammelt, dann wird die Solidarität der Gewerkschaften auch für manch Fernergerstandenen guten Einfluß haben

### Zeitgemäße Warnbein

Der Fuhrmann

„Ich fragte ihn, ob er mich nicht ein Stück mitnehmen wollte. Die Fahrt wurde für mich in unerwartetem Maß interessant, da ich unterwegs in meinem Fuhrmann, neben dem ich auf dem Bod saß, einen tiefstinnigen Philosophen entdeckte. Es fiel mir auf, daß er seinem Pferd, welches vollauf seine Schuldigkeit tat und jedem leisen Zug seiner Hand willig folgte, fortgesetzt Schimpfworte, Drohungen und Berwünschungen zurief. Hopp, du alter Schinder, tückischer Satan! Ei, du faules Luder, heut Abend gibts nichts zu fressen! Warte, ich will dir Weine machen! So ging es alle Augenblicke.

Auf meine verwunderte Frage, ob das gute Tier nicht sein Bestes tue, ob er sich denn irgendeinen Erfolg von seinen Zurufen verspreche, setzte er mir sein Regierungsprinzip auseinander, indem er es zugleich philosophisch begründete: „Was meinen Sie wohl, was aus dem ganzen Fuhrmannsgeschäft werden sollte, wenn das Pferd einmal dahinter käme, wie stark es eigentlich ist, wieviel stärker als der Mensch? Jeder vernünftige Fuhrmann geht deshalb mit seinem Pferd recht frohlich um, denn sonst verliert es den Respekt.“ „Ah, ich verstehe“, erwiderte ich, „Sie wollen sich dem Tier gegenüber ein fürchtbares Ansehen geben, es soll eine sehr hohe Meinung von Ihrer Stärke haben.“ „Sie haben recht“, sprach mein philosophischer Philosoph, „aber sprechen Sie lieber nicht so laut. Sehen Sie, mein Gaul spürt schon die Ohren. Willst du wohl laufen, verfluchter Spion, hier gibts nichts zu hören! Vorwärts! Hü! Dann lehrte er sich ganz nahe zu mir und fragte halb im Flüster, ob ich auch wüßte, woher eigentlich die übertriebene Schätzung der menschlichen Kraft beim Pferd komme? Mit geheimnisvoller Miene offenbarte er mir den wahren Grund der merkwürdigen, aber unbestrittenen Tatsache, und seine Erklärung war folgende:

Das Pferdeauge vergrößert alle Gegenstände. Daher erscheint der Mensch dem Pferd als ein Riese und die Weltgröße als Schiffsmaße!

Die plötzliche Erleuchtung machte mich sprachlos und ich versank in Nachdenken. Hat nicht das Auge des unterdrückten Volkes bisher eine solche vergrößere Eigenhaft gehabt? Hat man diese nicht dadurch vergrößert, daß man einzelne Menschen, mochten sie noch so klein sein, auf ein haus Hohes Podium stellte? Der sügname Gaul trotzte ruhig weiter mit seinen Bergdörperungsgläsern im Kopfe. Wie lange wird das Volk so weitertröten?

### Ein Stod

Traf ich da neulich in den Anlagen vor der Stadt einen Bekannten, der aus vollem Halse sagte, weil ein Hund wütend in einen Stod biß, mit dem er geschlagen worden war.

„Weshalb lästst du so laut?“ fragte ich den Bekannten. „Ei, sieh doch nur dieses dumme Tier“, erwiderte der Ge-fragte, „wie wütend es in den Stod beißt, der doch gar nichts davon spürt — weil er eben ein Stod, ein totes Ding ist. Muß man da nicht lachen?“

„Du hast das Tier mit dem Stod geschlagen, und nun läßt der Hund seine Wut statt an dir an dem Stod aus.“

„Ja“, lächelte mein Bekannter, „der Hund ist eben ein dummes Tier.“

Wir gingen hierauf eine Weile durch die Anlagen, ich unterbrach das Schweigen und sagte: „Du bist doch Mitglied der Nationalsozialistischen Partei? Und hast schon verschiedene Strafen wegen Mißhandlung Andersdenkender bekommen.“

„Ja, das habe ich“, antwortete er etwas betreten, und wie zur Entschuldigung fügte er hinzu: „Ich hatte aber den Befehl von meinem Führer.“

„So“, sprach ich, „dann bist du eigentlich auch nur ein Stod in der Hand eines andern.“

„Erlaube mal, wie kannst du mich mit einem Stod vergleichen.“

„Denke einmal richtig nach!“ sagte ich, „Eigentlich müßte doch der Führer die Strafe haben, denn dieser Mann hat dich doch — benutz gegen andre Menschen.“

„Donnerwetter, daran habe ich noch gar nicht gedacht“, meinte ganz betört mein Bekannter.

„Siehst du, daß ich recht hatte, als ich dich mit einem Stod verglich?“

„Aber du wirst doch nicht bestreiten wollen“, erwiderte leise mein Bekannter, „daß es in der Nationalsozialistischen Partei Führer geben muß.“

„Beleiße nicht — gewiß muß es diese Führer geben und Verführte dazu; ebenso auch Stöde, denn womit wollte man sonst prägen?“

Er ging zornig seines Weges.

### Geschichte eines abnormen Zgels

Ziegenwwo lebte vor langer Zeit ein älterer Zgel. Wie gesagt, er war eben nur ein gewöhnlicher Zgel, der sich schlecht und recht von Würmern, Mäusen und andern delikaten Dingen ernährte. Es sei noch zu erwähnen, daß er Jungeselle war.

Die Blütezeit seines Lebens hatte er im Keller eines gelehrten Mannes verbracht.

Eines Abends, im Zwielicht, begann der phantastische Greis folgendermaßen zu überlegen:

„Nehmen wir an, es gäbe keine Unsterblichkeit der Seele — was dann? Nun, sehr einfach, dann darf ich eben nur mit meiner Körperlichkeit rechnen. Also muß dieselbe so lange wie möglich konserviert werden; daraus folat der mir innewohnende Trieb der Selbsterhaltung.“

und zum Nutzen für uns alle Früchte der lautersten Art tragen. Dann wird das Morgenrot einer besseren Zukunft uns aufgehen. Brüder, seid einig!

Berlin.

Fr. Blumberg.

Der Ruf nach einer Einheitsfront der gesamten Arbeiterbewegung ist in den letzten Wochen in allen Kreisen der Arbeiterschaft besonders stark lebendig geworden. Dieses Bestreben auf einheitsvolles Vorgehen bei gemeinsamen Interessen entspringt sicher dem immer stärker werdenden reaktionären Treiben, dem Anshwellen des Faschismus mit all seinen vorhandenen und vorauszuahenden Begleiterscheinungen. So z. B. erhöhte Kriegsgefahr, Lohnabbau, Abbau der Sozialversicherung, Zerschlagung der gesamten sozialistischen Bewegung, insbesondere der Gewerkschaften usw. Deshalb ist die Notwendigkeit einer möglichst großen, zusammengeschlossenen Abwehrfront im Interesse aller Arbeiterorganisationen dringend geboten. Wir sind heute an einem Zeitpunkt angelangt, in dem der „Endkampf der Freiheit“ längst begonnen hat. In diesen Kampf mit einer zersplitterten Arbeiterbewegung zu gehen, hieße dem Gegner von vornherein den Sieg überlassen. Mit nackter Deutlichkeit lehrt uns das die Entwicklung des Faschismus in Italien. Es braucht darum nicht erst näher erläutert zu werden, was ein solcher Sieg unserer Gegner für die gesamte Arbeiterschaft bedeutet. Haben wir doch in den letzten, wie überhaupt in den Notverordnungen, sowie im Treiben der SA. und SS. Kostproben genug, wofür auch bei uns in Deutschland der Weg führen soll. Dies sind Kostproben von solcher Wucht und Realität, daß man sich nur darüber wundern muß, daß nicht schon längst die Einheitsfront-Parole aufgegriffen, ja, zur Ausführung gebracht ist.

So kommt es denn heute vor allem darauf an, das Versäumte nachzuholen; alles zu tun, was in unseren Kräften steht, damit das Letzte gehalten wird, was noch zu verlieren ist. Darüber hinaus kann aus solcher Einheit neuer Mut und neue Kräfte für weitere Kämpfe geschöpft werden.

Es gibt zwar Optimisten in unseren Reihen genug, welche die Lage der Arbeiterschaft in einem rosigeren Lichte sehen oder die der Ansicht sind, daß die Arbeiterschaft schon zusammenstehen würde, wenn es soweit sei. Es ist hierbei nur die Frage, ob es dann, fünf Minuten vor Zwölf, nicht bereits zu spät ist. Außerdem können berechtigter Zweifel gehegt werden, ob das durch die Uneinigkeit in zwischen Verlorengegangene so leicht wieder erobert werden kann. Lebensfalls muß ein Abwehrkampf, wie er der Arbeiterschaft bevorsteht, gut organisiert sein, wenn der Erfolg nicht ausbleiben soll. Darum schrieb ich schon in Nr. 21 (1931) des „Korr.“: Unsere nächste Aufgabe ist eine organisatorische. . . . Erkennen wir frühzeitig, wie notwendig die geschlossene Abwehrfront gegen den Faschismus ist.

Das Unverantwortliche in dieser großen Gefahr ist das Warten auf die Einigung der Arbeiterschaft, ohne etwas dazu zu tun. Stehen doch alle Arbeiterorganisationen erfreulicherweise dem Einheitsfrontgedanken an sich mit großem und notwendigem Interesse gegenüber. Nur ist hier leider eine ebenso unverantwortliche, als eckdungs nicht unüberbrückbare Streitfrage in den Vordergrund getreten. Es ist dies der Streit um die Führung! Wenn wir die Verhandlungen und Beziehungen der Parteien über diese Führerfrage in den letzten Tagen verfolgen, müssen wir feststellen, daß über diesen Streit das gigantische Werk einer Einheitsfront aller Klassenbewußten Arbeiter zusammenzufallen droht. Obwohl der Wille bei Millionen von Arbeitern vorhanden ist, nach jahrelangem Bruderkampf endlich eine Plattform für gemeinsame Kämpfe zu finden, ist er bisher an der Führerfrage gescheitert.

Nun ist aber der Aktis, der Adu, der Guchz zuwellen, die gistische Ater, der eine oder andre Etonomieeffiziente, die hassjen mich, verfolgten mich, und wollen mit ans Leben. Wo bleibt da die göttliche Weltordnung? Und weiß ich zudem, ohne mir schmeicheln zu wollen, im Ablauf des Naturgeschehens nicht ohne Bedeutung zu sein anzunehmen nicht berechtigt halten darf.“

Er schöpfte Atem und vergaß, den Satz zu Ende zu sprechen. Er vergaß aber nicht, ihn zu Ende zu denken, und erst recht durchzupraktizieren. Er überlegte, daß er zur Offensive doch nicht richtig geeignet sei; darum müsse er wohl oder übel die Defensive wätschen.

Ein Stacheldraht hatte er zwar, aber das ließ sich experimentell als unzulänglich nachweisen.

„Ich hab's!“ rief er aus, „wogu war ich denn zwei Jahre bei einem Herrn, der sich mit seiner Gelschsamkeit gerade das Salz aufs Butterbrod verdiente? Hatte er nicht Darwin in seiner Bibliothek? Sprach er nicht in besagtesten Momenten von der künstlichen Zuchtwahl?“

Ich muß einfach meinen Panzer widerstandskräftiger, dicker machen, härter, staßfester. Ich muß etwas werden, was nur aus Intelligenz und Vorhien besteht. . . . Sawohl!“

Was er von nun an ab Nahrungsmitteln in sich einführte, wurde zu neun Zehnteln verhornt und verhascht. Er dachte überhaupt nur noch daran, sicher seine Pfade zu pflügen und nicht totgeschlagen zu werden. Er fürchtete sich im Stillen vor jedem sonderbar geformten Holzstunt oder Stein; alles hatte es, wie er meinte, nur auf ihn abgesehen: Die Backfische, welche Wlumen suchten, die Polshutzgäule, die Sonne, der Regen!“

Nimmt's wunder, daß er nach ein paar Wochen nicht mehr laufen konnte? Da östete er im Lohz sitzen, freute sich fünf Minuten lang seiner Talente und — gab seinen „Geist“ auf!

Durch die grundsätzliche parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften wären diese ganz besonders berufen, die Initiative für die Schaffung einer solchen gemeinsamen Abwehrfront zu ergreifen! Niemand hat heute in der Stunde der größten Gefahr das Recht, von den andern zu behaupten, er habe nicht das Recht, von der Einheitsfront zu sprechen. Es kommt heute nicht darauf an, ob der eine mehr oder der andre weniger über diese Frage sprechen darf oder dürste. Angeht's der Einigkeit der Gegner sozialistischer Ideale sollte es für uns ein einfaches Gebot der Vernunft sein, statt allem Reden und Abwägen endlich zur Tat, nämlich zur praktischen Schaffung der Einheitsfront, zu kommen. Dazu haben alle Arbeiterorganisationen nicht nur das Recht, sondern vor allem die Pflicht. Besonders bei der Führerfrage sollte dieses Pflichtgefühl die Triebfeder des Handelns sein. Es ist eine Frage der Unständigkeit, in einem gemeinsamen Kampf auch gemeinsam die Führung zu übernehmen. Das Gebot der Stunde: den Bruderkampf aufgeben, Vertrauen zum gemeinsamen Handeln — Proletariat aller Länder, einig euch!

Göttingen.

Erwin Ries.

### Das Recht zum Leben

Wozu leben wir eigentlich, wenn wir hungern und darben müssen? So hört man es täglich auf den Stempelfellen, auf der Wohlfahrt und auf der Straße, und überall dort, wo Menschen sich zusammenfinden, denen ein unerbittliches Geschick die Existenz vernichtet hat. Keine Arbeit, keinen Verdienst und auch keine Freude, sondern immer nur Sorgen um das nackte Leben, um das bishigen Essen und daß man ein Dach über dem Kopf hat. Was bringt uns unter diesen Umständen das Leben? Verzweiflung, verhaltener Grimm, Jörn und Mut über die Zustände paden den gemürbten Arbeitslosen, und nicht nur diesen, sondern auch den Kollegen in den Betrieben, die dauernd das Gespenst der Arbeitslosigkeit hinter sich sehen. Der Verdienst ist gering, der Lebensunterhalt kann kaum noch bestritten werden. Und jeder fragt sich: Haben wir denn nicht auch ein Recht zum Leben? Daß wir Arbeiter sind, wissen wir. Aber sind denn die Güter und Früchte der Erde nicht auch für uns da? Wer stellt die Maschinen her, wer baut die Wohnungen, wer bestelt den Ader, wer baut die Eisenbahnen und Kanäle, ja wer sorgt dafür, daß alle diese Kulturgüter überhaupt vorhanden sind? Das sind doch die Arbeiter, die vielen namenlosen Arbeiter, die jahrein jahraus in schlechten Werkstätten, an Feueröfen und lebensgefährlichen Transporteinrichtungen, in Gruben und Steinbrüchen schaffen und arbeiten, ohne mehr als einen lächerlichen Lohn dafür zu bekommen. Und diese Arbeiter schreiben nach dem Recht zum Leben, das ein stuchwürdiges Wirtschaftssystem eingeeignet hat. Sie haben den geringsten Anteil an den Lebensgütern, die sie täglich herstellen.

Aber jedes Menschenwert ist schließlch durch Menschen geschaffen worden, und auch das kapitalistische Wirtschaftssystem ist Menschenwerk. Das Recht zum Leben, das uns dieses System beschneidet, müssen wir uns erkämpfen, denn von selbst kommt nichts, wie auch diese Ausbeutungswirtschaft nicht ohne unser Zutun entstanden ist. Der Ruf der vielen Millionen Arbeiter nach dem Lebensrecht ist berechtigt, aber haben wir nicht selbst schuld daran, daß wir so wenig davon besitzen? Können wir nicht, wenn wir einig und geschlossen dastehen, unser Lebensrecht ausbauen und erweitern? Wenn man diese Frage aufwirft, muß man sie bejahen. Es hängt von uns selbst ab, wie groß der Anteil ist, den wir an den Lebensgütern der Erde besitzen. Das ist das größte Unglück der Arbeiterschaft, daß sie getrennt marschiert, daß leider sehr viele unter uns sind, die auf die politischen Schmarlatane hereinfallen und auf Glüskstücker ihre Hoffnung setzen, anstatt sich auf sich selbst zu verlassen. Dazu kommt jene große Schar Unbekehrter, die von einem Kampf mit dem Berufsfolgenen Seite an Seite nichts wissen wollen, die da meinen, der Unternehmer wolle ihr Bestes, wenn er einmal ein freundliches Wort mit ihnen wechselt. Der Kampf um die gerechte Verteilung der Lebensgüter wird zwischen Kapital und Arbeit ausgefochten, daran kann weder ein Werkereine noch eine Magjelle etwas ändern, die ja schließlch nur zu dem Zweck gegründet werden, Uneinigkeit in den Reihen der Arbeiterschaft zu säen.

Jahrhunderte sind vergangen, von blutigen und grausamen Kämpfen berichtet die Geschichte. Im Altertum waren es die Sklaven, im Mittelalter der Bauer und in der Neuzeit ist es der Lohnarbeiter, der um die Erweiterung seiner Lebensrechte ringt. Immer hat die Masse aus natürllichem Erhaltungstrieb heraus empfunden, wo der Anfang gemacht werden muß, um die duldenden Lasten zu mildern. Stets hat sie auch instinktiv gefühlt, wo die Bedrücker sitzen. Aber Uneinigkeit im eignen Lager, mangelnde Organisationsstärke, Quertreibereien, die von den Unterdrückten geschäftig ausgenutzt wurden, brachten erfolgversprechende Anfänge zur Auflösung. Die moderne Arbeiterbewegung ist mit den Zusammenrottungen der Sklaven im Altertum und der Bauern im Mittelalter nicht zu vergleichen, sie hat jenen die Organisation voraus, sie wird beherzt von einem gemeinsamen Willen. Im Kampf um das Recht zum Leben ist die sozialistische Arbeiterbewegung schon durch die Gewerkschaften allen andern früheren Arbeiterzusammenschlüssen weit überlegen.

Die Menge der vorhandenen Lebensgüter ist so reichlich und groß, daß kein Mensch zu hungern und niemand zu darben braucht. Durch die ungerechte Verteilung aber häuft sich auf der einen Seite der Reichtum und auf der andern ist Armut. Die Arbeiterschaft, die zahlenmäßig die Mehr-

heit ist, hat nur einen geringen Anteil an den Lebensgütern. Sie wohnt schlechter, sie muß an Nahrungs- und Genussmitteln entbehren, es teilen sich hier oft Tausende in den Lebensgütern, die ein einziger Reicher besitzt. Diese Ungleichheit und Ungerechtigkeit ist nicht von heute auf morgen entstanden, sondern ist das Ergebnis einer langen Entwicklung, während der naturgemäß die unterdrückte Masse immer gegen die bevorzugte Schicht um die gleichmäßigere Verteilung der Lebensgüter gekämpft hat. Der Kampf darum hat nie aufgehört, nur die Formen, in denen er geführt wurde, waren verschieden. Verzweifelte Aufstände der Unterdrückten, die durch Hunger und Not langsam genährt wurden, bis sie eines Tages zur Entladung kamen, wechselten mit stillen Ringen um einen höheren Anteil an den Lebensgütern.

Das Recht zum Leben besitzt auch die Arbeiterschaft, und es ist ihre Schuld, wenn sie so wenig davon hat. Klagen und Jammer ändert an den Dingen nichts, dadurch wird es nicht besser, und der stets nahe liegende Schluß, daß es den andern ja genau so und noch schlechter geht, ist ein sehr schlechter und magerer Trost. Schon Goethe sagt, daß ängstliches Klagen kein Elend wendet und niemand frei macht. Der einzelne Mensch ist in diesem Kampf um die gerechte Verteilung der Lebensgüter machtlos, aber im gemeinsamen Ringen, Schulter an Schulter mit den Arbeitsfolgenen, zusammengeschlossen in einer Organisation, läßt sich der Ausweg schaffen. Die Gewerkschaften haben, seit sie bestehen, der Arbeiterschaft bereits einen großen Anteil an den Lebensgütern errungen, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dieser Anteil heute erheblich größer wäre, wenn die gewerkschaftlichen Organisationen noch stärker wären, als sie heute sind. Ein Vergleich mit den Zuständen der vorgewerkschaftlichen Zeit ist die Bestätigung dafür. Der Kampf um die Erweiterung der Lebensrechte der Arbeiterschaft ist der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, wer hier absteht steht und sich nicht einreißt in die Organisationen der Arbeiter, trägt dazu bei, daß das Unrecht verlängert wird.

E. N. (Berlin).

### Korrespondenzen

Bauhen. Zu Beginn der Monatsversammlung scherten die Anwesenden durch Erheben von den Plätzen das Andenken eines durch Freitod aus dem Leben und Kollegenresten geschiedenen Kollegen. Gewerkschaftssekretär Dr. W. a. g. hielt einen 15stündigen Vortrag über „Die Rechtsprechung des Spruchsenats zur Sozialversicherung“. Der sehr geschätzte Redner wußte in seiner bestimnt feststellenden Ausdrucksweise seine Zuhörer in seinem Raum zu halten. Ausgehend von dem Sinn der Sozialversicherung und deren Zweck überhaupt, gedachte er der schwerwiegenden Eingriffe, die die verschiedensten Zweige der Sozialversicherung durch die Vierte Notverordnung vom 8. Dezember 1931 erfahren haben, und streifte dabei die politischen Verhältnisse, die eine solche einschneidende Maßnahme ermöglichten. Er unterließ aber nicht, zu betonen, daß die zu erwartende Notverordnung der bestehenden Reichsregierung wahrheitsgemäß den größten Mißschritt auf diesem Gebiet bringen werde, weshalb das Gebot der sehr ersten Situation der feste Zusammenhalt aller Arbeiter unter allen Umständen sei. Welche Situationen sich noch bilden werden, sei noch gar nicht vorauszusehen. Er betonte, daß die Führer des RWG, gestützt auf das Vertrauen ihrer Anhänger, im gegebenen Moment schon die richtige Lösung ausgeben werden. Dieser Lösung müsse Folgsamkeit geleistet werden, um einen eventuell einmal angenommenen Kampf siegreich beenden zu können. Seine weiteren Ausführungen galten den Entscheidungen in Krisenfürsorgen, Invaliden- und Unfallversicherungsangelegenheiten, aus denen er besonders recht interessante Grenzfälle ausführlich hervorhob. Mit recht gemäßigten Gefühlen wurde zur Kenntnis genommen, daß die Unfälle auf dem Weg von und zur Arbeit so gut wie ganz durch die Vierte Notverordnung ausgemergelt seien und nur dann noch entschädigungspflichtig seien, wenn dem Verletzten eine Fahrlässigkeit nicht nachgewiesen werden könne. Auch was das bedeute, erläuterte er an besonderen Fällen. Die anwesenden Kollegen dankten dem Vortragenden durch starken Beifall. Es wurde der Wunsch laut, den Redner hoffentlich in unsern Reihen recht oft begrüßen zu können. Die Versammlung beschloß sich noch mit internen Angelegenheiten, wovon der Kampf der Hilfsarbeiterschaft den breitesten Raum einnahm. Auch wurde die Entschädigung des Bezirksvereins Kassel erörtert. Gestellte Anfragen bezüglich Ferientage und -beziehung wurden vom Vorsitzenden zufriedenstellend beantwortet. Der Kassierer erstattete den Kassienbericht, der immerhin bei 24 arbeitslosen und 11 kranken Kollegen ein bescheidenes Ergebnis zeitigte. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Da die Kulturbesprechung voraussichtlich ausfällt, werden die Kollegen ersucht, sich an der am 13. August stattfindenden Wanderversammlung in Schmöwitz teil zu beteiligen, da wichtige Sachen vorliegen werden.

Berlin. (Schriftliche.) Die Vereinsversammlung am 7. Juni beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem am 1. Juni im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedspruch, der in eingehender Weise vom Vorsitzenden St. i. m. e. l. erläutert wurde, wobei er auch die näheren Gründe mitteilte, die unsre Verordnungs-kommission zur Annahme des Schiedspruchs veranlaßt haben. In der anschließenden Aussprache kam die Unzufriedenheit der Mitglieder zum Ausdruck. Die Mitglieder hatten erwartet, daß nach den Zugeständnissen beim Manteltarif kein weiterer Abzug vom Stiellohntarif mehr in Frage gekommen wäre. Sie fügten sich nur der Einigkeit, von der auch die Verhandlungskommission geleitet war.

Bielefeld. In der Bezirks-Vereinsversammlung am 12. Juni in Herford waren die Orte unsres Bezirks rechtlos vertreten. Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung mit beruhigenden Worten und gab die Tagesordnung bekannt. Unter „Geschäftlichem“ fand besondere Beachtung ein Rundschreiben vom Gau, welches den Stand der Erwerbslosen im Gau Rheinland-Westfalen bekannt gab. Im Bezirk Bielefeld sind von 1080 Mitgliedern

253 arbeitslos. Davon im Alter von 18 bis 25 Jahren 159. Von 39 Ostern Ausgelassenen wurden drei sofort entlassen. Ein trauriges Zeichen. Ein Lehrling mußte wegen mangelhafter Ausbildung in einem andern Betrieb untergebracht werden, außerdem hat dieser Lehrling noch eine Lohnforderung von etwa 500 M. Weiter erwähnt, der Vorsitzende, daß in Badenorten mit Eintritt der Saison auch der Saisonabschluss zu verlangen sei. Die Stellungnahme zum Ergebnis der Tarifverhandlungen zeitigte eine äußerst rege Debatte. Es wurde allseitig verurteilt, daß ein Tarif die Zustimmung der Gehilfenvertreter gefunden hat, der nur Vorteile für die Unternehmer bringt. Man hätte es den Mitgliedern überlassen müssen, durch Abstimmung über Annahme oder Ablehnung der neuen Tarifbestimmungen zu entscheiden. Besonders groß sei die Enttäuschung über den 25prozentigen Abbau des Urlaubsgebotes. Diese Ferien seien für die Kollegenchaft keine Erholungszeit, sondern eine Hungertag. Hierauf gab Kollege Hellermann einen ausführlichen Bericht von der Lehrlingsleiterkonferenz in Bonn und Kollege Strahlmann von der Konferenz des DGB in Wuppertal. Den Kassenerbericht gab Kollege Holz. Sämtliche Berichte wurden ohne wesentliche Debatte zur Kenntnis genommen und dem Kassierer Entlastung erteilt. In einer längeren Ansprache befaßten sich dann noch die Vertreter mit dem Düsseldorf Antrag: Abhaltung eines außerordentlichen Gau-tags. Die Abstimmung ergab gegen eine Stimme und zwei Stimmenthaltungen die Ablehnung des Antrags. Unter „Verfälschtem“ wies Kollege Meyerhoff auf das 40-jährige Jubiläum des Graphischen Gelangvereins hin, welches am 16. Oktober durch ein Festkonzert in Bielefeld in der „Deiterhalle“ begangen werden soll und zu dem sämtliche Kollegen des Bezirks schon jetzt eingeladen werden. Am Vormittag desselben Tages findet die Bezirksversammlung im „Ryffhäuser“ statt. Mit einem Hinweis auf die bevorstehende Reichstagswahl und nur der Partei die Stimme zu geben, die für die wirklichen Interessen der arbeitenden Klasse eintritt, fand die gut verlaufene Sitzung ihren Ausklang.

**Bremerhaven - Wejermünde.** Inre Monatsversammlung am 4. Juni beschäftigte sich in der Hauptsache mit der von unsen Vertretern getroffenen Vereinbarung zum Manteltarif. Nachdem vom Vorsitzenden über die Schwierigkeiten der diesmaligen Verhandlungen berichtet wurde, legte eine rege Ansprache ein, in der von verschiedenen Kollegen die geschehene Situation beleuchtet wurde. Folgende Entschlüsse ergab die einstimmige Annahme: „Die am 4. Juni tagende Versammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die in der Vereinbarung betreffend Manteltarif geschaffenen Verschlechterungen. Die Versammelten bebauern, daß unsere Vertreter es bei Nichtverbindlicherklärung des Schiedspruchs nicht auf eine Machtprobe haben ankommen lassen. Des weiteren verlangt die Mitgliedschaft in Zukunft das statutarische Mitbestimmungsrecht durch Abstimmung.“

**Brieg.** Inre Bezirksversammlung am 5. Juni in Ziegenhals hatte den noch nie erreichten guten Besuch von 199 Kollegen aufzuweisen. Eingeleitet wurde dieselbe durch einige gut vorgetragene Tenenzstücke des Gelangvereins „Gutenberg“ Brieg. Nach Begrüßung der Kollegen sowie des anwesenden Gauvorstehers Feige (Breslau) durch den Vorsitzenden Kollegen Spiwow, gedachte der Vorsitzende ehrend drei verstorbenen Kollegen. Die Vorstandsberichte zeigten die Auswirkungen der ungeheuren Wirtschaftskrise auch in unserm Bezirk. Kurzarbeit, welche fast zur Dauererscheinung geworden ist, sowie Arbeitslosigkeit, von welcher 87 Kollegen, fast 40 Proz., betroffen sind. Die tarifliche Lage ist bis auf einige Abweichungen im allgemeinen zufriedenstellend. Der Not der Zeit entsprechend wird die Bezirksversammlung nur einmal im Jahr abgehalten. Bahnfahrts- und ein Zuschuß konnte allen Kollegen aus der Bezirkskasse gewährt werden. In seinem Vortrag referierte Gauvorsteher Kollege Feige über die Verhandlungen um den Mantel- und Lohnsatz. Er schilderte die Schwierigkeiten, welche zu überwinden waren, und gab auch zu, daß der neue Manteltarif einige Verschlechterungen bringe; doch wenn die Anträge der Prinzipale entgegengehalten würden, sei der Abschluß des Manteltarifs unter den jetzigen Verhältnissen immer noch ein Erfolg. Redner gab am Schluß seiner Ausführungen der Hoffnung Ausdruck, daß die Kollegen auch dieser Rückschlag überstehen werden und bei einigermaßen günstigen Verhältnissen die Scharte wieder wettmachen würde.

**Dresden.** In unsrer Versammlung vom 8. Juni gab Kollege Sahlmann den Schulbericht über die Manteltarif- und Lohnverhandlungen. Gleich zu Anfang erklärte der Referent, daß er in seiner Berichterstattung nicht etwa die getroffenen Abmachungen, die auch als Verschlechterungen bezeichne, verteidigen wolle. Aber ehe wir Kritik an unsern Unterhändlern üben, prüften wir bestrebt sein, die bestehenden Tatsachen voll zu würdigen. Diesmal sei der Schiedspruch nicht für verbindlich erklärt worden und wir hatten daher freie Hand, durch Kampfmaßnahmen die beabsichtigten Verschlechterungen abzuwehren. Warum sei das nicht geschehen, ja, warum haben die Gauvorsteher, die man im kritischen Moment telegraphisch nach Berlin berufen habe, den freien Vereinbarungen trotz der einschneidenden Verschlechterungen ihre Zustimmung gegeben? Haben dadurch unsre Unterhändler sowie der Vertrauenskörper unsrer Organisation gegen die Interessen der Mitglieder gehandelt? Wäre es nicht möglich gewesen, durch einen gewaltigen Kampf diese nun in Kraft getretenen Bestimmungen zu verhindern, ja, vielleicht noch dabei unsern Forderungen, wenigstens zum Teil, zur Durchführung zu verhelfen? Alle diese Fragen sind von den Kollegen, die sich in Berlin in verantwortungsbewußter Lage entscheiden mußten, gründlich geprüft und beraten worden. Schwere Herzen habe er, der Redner, noch ehelicher und gewissenhafter Prüfung sich für Annahme der beschlossenen Abmachungen entschieden, und zwar vor allem deshalb, weil es gelungen war, den Lohn in alter Höhe zu erhalten. Die Kollegenchaft müßte sich klar sein darüber, was sie für auf dem Spiel ständen habe. Es ging nämlich um nicht mehr und nicht weniger als um die Zerstückelung des Reichstarfs und Freimachung der Bahn für regionale Lohnregulierung. Aber es waren auch innerorganisatorische Gründe maßgebend, die es erforderlich machten, daß nicht um jeden Preis gestreift wurde, sondern dazu zwangen, den Dingen kühl und abwägend gegenüberzu-

stehen. Die Aussprache brachte den ganzen Groll der Kollegenchaft gegen die in Kraft getretenen Verschlechterungen zum Ausdruck. Es beteiligten sich im ganzen 15 Redner, einzelne wiederholt, an der Debatte. Der größte Teil der Redner stand auf dem Standpunkt, daß es notwendig gewesen wäre, den Kampf aufzunehmen. Es müßten endlich einmal die Machtmittel der Gewerkschaft eingesetzt werden, um der Verleumdung der Gehilfenchaft Einhalt zu gebieten. Wir müßten uns unsrer Macht bewußt werden als selbständige Organisation, unsre Machtmittel in die Waagschale zu werfen durch Stillelegung der bürgerlichen Presse. — Auch die Schreibweise des „Korr.“ wurde angegriffen. Des ferneren die Eigenmächtigkeit des Verbandsvorstandes und der Gauvorsteher, ihre Zustimmung zu einem Abkommen zu geben, ohne vorher durch Abstimmung die Kollegenchaft zu befragen. Dagegen müßte schärfster Protest erhoben werden. Auch für den Industrieverband wurde Propaganda gemacht; jetzt habe man die Grundpositionen des Buchdruckerarfs angegriffen, deshalb nicht mehr in Passivität verharren, sondern den Widerstand organisieren. Die Solidarität der übrigen Arbeiterchaft sei uns gewiß, wenn wir uns wieder einmal als Pioniere der Arbeiterchaft betätigen würden. Aber es fanden sich auch Stimmen, die die Handlungsweise der Gauvorsteher und der Unterhändler als richtig bezeichneten, die in schweren Verhandlungen die Interessen der Kollegen verteidigt und in verantwortungsbewußter Weise gehandelt hätten. Wer trägt denn an den heutigen politischen Verhältnissen die Schuld, die eben überall, auch bei uns, ihre Schatten werfen? Die Partei, die immer die Einigkeit der Arbeiterchaft wohl im Munde führt und auf der andern Seite erklärt: „Wir haben nur einen Feind, das ist die SPD.“ Es sei höchste Zeit, die Einigkeit der Arbeiterchaft endlich zu vollziehen. Sonst kämen wir noch mehr unter den Schlitzen. Eine Resolution wurde eingebracht, die der Ortsverein Kassel seinerzeit angenommen und im „Korr.“ veröffentlicht hat. Einige Redner erklärten, gegen diese Resolution stimmen zu müssen, da diese ein Mißtrauensvotum für die Kollegen sei, die durch unsrer Vertrauen in ihre Führerstellen gewählt worden sind. Im Schlußwort gab Kollege Sahlmann auf die Ausführungen der einzelnen Redner ein. Wir streifen nicht um des Streites willen und hätten abwägen müssen, ob durch Kampf mehr zu erreichen gewesen wäre. Er glaube nicht, daß wir die Verschlechterungen 100prozentig hätten abwehren können. Gewiß sei der Wille zur Abwehr vorhanden gewesen, doch muß man bedenken, daß der Streit das letzte Mittel sei, das die Arbeiterchaft anwenden muß, wenn kein anderer Weg übrig bleibe. Das Resultat wäre auch gewesen, noch einmal zu Verhandlungen zusammenzukommen. Die Kollegenchaft sei sich offenbar über einen tariflosen Zustand unter den heutigen Verhältnissen gar nicht klar. Es sei ein liebtes Mittel, für alles immer und immer wieder die Führer verantwortlich zu machen, um das Vertrauen in die Führer zu erschüttern. Gerade in solchen Zeiten, wie wir sie gegenwärtig durchleben, müssen wir einig und geschlossen zusammenstehen, um noch Schlimmeres abzuwenden zu können. Auch früher habe der Verband schlimme Zeiten durchgemacht und trotzdem sei es wieder aufwärts gegangen. Diesen Glauben müssen wir uns auch jetzt bewahren. Die eingegangene Resolution wurde abgelehnt.

### Appell!

Wacht auf! Wacht auf!  
 Jetzt ist es Zeit,  
 Die Reichen zu formieren.  
 Der Feinde Hauf  
 Steht sprunghaft bereit,  
 Mit Wucht der Schlag zu führen.  
 Habt acht! Habt acht!  
 Die Reaktion  
 Will rechtlos uns entziehen.  
 Hat sie die Macht,  
 Wird harte Fron  
 Uns Inebeln, drücken, knechten.  
 Steht fest! Steht fest!  
 Es darf der Feind  
 Uns mutlos niemals finden.  
 Im Kampf ums Recht  
 Sind wir vereint  
 Und nie zu überwinden.  
 Zur Tat! Zur Tat!  
 Nicht Meinungsstreit  
 Darf unsre Reichen spalten.  
 Der Freiheit Saat  
 Nur dann gebeißt,  
 Wenn wir zusammenhalten.  
 Marschiert! Marschiert!  
 Jetzt ist es Zeit,  
 Die Gegner zu bezwingen.  
 Die Front formiert  
 In Einigkeit,  
 Das muß den Sieg uns bringen!  
 Hebra (Weimar).

### Allgemeine Rundschau

**Ein Buchdrucker als Direktor des Internationalen Arbeitsamtes?** Nach dem vor kurzem erfolgten Ableben des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, Albert Thomas, wird der Direktionsrat am 30. Juni zusammenzutreten, um einen neuen Direktor zu wählen. Ein dänisches Nachrichtenbüro will wissen, daß einflußreiche Kreise, die dem Arbeitsamt nahe stehen, sich für die Wahl des dänischen Finanzministers Bransnäs einsehen. Bransnäs ist gelernter Schriftgießer.

**Sozialdemokratie und Einheitsfront.** Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat am 28. Juni an die Bezirksleitungen folgendes Rundschreiben gerichtet: „Aus den Befenntnissen des 3. der SPD., der kommunistischen Führer und der kommunistischen Presse ergibt sich ganz unzweifelhaft, daß die sogenannte antifašistische Aktion dieser Kreise in Wirklichkeit gar nichts anderes als eine antizöndemokratische Aktion ist. Ausdrücklich wird erklärt, daß es mit den sozialdemokratischen Führern keine

Einheitsfront geben könne. Alle Aufforderungen von sozialdemokratischer Seite, zunächst einmal die gegenseitige Bekämpfung einzustellen und alle Kraft gegen den gemeinsamen Feind der Arbeiterklasse zu konzentrieren, wurden höflich zurückgewiesen. Ausdrücklich bekräftigt das Rundschreiben Nr. 11 des 3. vom 4. Juni, daß auch in den gegenwärtigen Kämpfen der Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie zu richten ist. Daraus ergibt sich, daß die SPD. die „proletarische Einheitsfront“ die sich mit Worten preibt, in der Tat gar nicht will. Diese Parole soll nur als Köder dienen, um Mitglieder und Wähler der Sozialdemokratischen Partei für die SPD. einzufangen. Jeder, dem der Gedanke einer echten proletarischen Einigkeit ernst und heilig ist, muß sich von einem so unehrlichen Manöver entristet abwenden. Die SPD. könnte sich, wenn sie wollte, im gegenwärtigen Wahlkampf zweckmäßig auf den Versuch konzentrieren, die Wählermassen zurückzugewinnen, die ihr zu den Nationalsozialisten davongelaufen sind. Durch solche Kampfesführung könnte sie die Reibungsfläche mit der Sozialdemokratie auf ein Minimum reduzieren. Will sie, das nicht, sondern richtet sie den Hauptstoß gegen uns, so muß auch gegen sie die Eisene Front als Abwehrfront fest geschlossen bleiben. Wie wenig ernst es den Kommunisten mit der proletarischen Einheitsfront ist, beweisen zum Überflus auch die neueren parlamentarischen Abstimmungen, namentlich im preußischen Landtag, wo sich Nationalsozialisten und Kommunisten im Kampf gegen die Sozialdemokraten zusammenfanden. Man kann nicht außerhalb der Parlamente eine proletarische Einheitsfront mit der Sozialdemokratie bilden, wenn man in den Parlamenten mit den Nationalsozialisten eine Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie bildet.“ Das Zentralkomitee der SPD. sagt in einer Erklärung vom 20. Juni: „Die Kommunisten erklären dabei ganz offen, daß sie nicht daran denken, den Parteien, mit deren Hilfe und durch deren Politik der Faschismus zur Macht gelangte, einen Bürgerkrieg zu gewähren, wie es die SPD.- und DGB.-Führer wünschen, weil sie um ihre Mandate zittern... Es gibt für die Kommunisten keinen Bürgerkrieg mit Verrätern und Feinden der Arbeiterklasse.“ Danach scheinen jedwede Bemühungen um ein Zusammengehen der beiden Arbeiterparteien bei den bevorstehenden Reichstagswahlen zwecklos zu sein. Die Eisene Front gibt jedem klassenbewußten Arbeiter die Möglichkeit, den Weg der Einheit des Proletariats ebnen zu helfen. — Das Einheitsfrontmandat der SPD. erklärt darüber eine weitere Charakterisierung, daß der Eisenerfront kommunistische Erwerbslosenausfluß an die Nationalsozialisten zum Zweck einer gemeinsamen Demonstration herangeführt ist. Die Nationalsozialisten haben eine grundsätzliche Zulage erteilt. Darahin sind Nazis und Nazis in Verhandlungen eingetreten. Damit ist zwischen den Parteien, die sich die erbittertesten Straßenschlachten liefern, die Einheitsfront geschaffen und der Beweis erbracht, daß sie mehr zu einander gehören, als die SPD. zur sozialistisch und freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterchaft.

**Zehnter Internationaler Genossenschaftstag.** Der erste vom Internationalen Genossenschaftsbund beschlossene Internationale Genossenschaftstag im Jahre 1923 stand im Zeichen der Inflation. Der diesjährige, auf den 2. Juli festgesetzte Weltgenossenschaftstag steht im Zeichen einer ungeheuren Weltwirtschaftskrise, die gerade auf die im Internationalen Genossenschaftsbund zusammengeschlossenen Verbraucher besonders schwer lastet. Aber deshalb gerade muß der diesjährige Genossenschaftstag von besonderer Wichtigkeit sein, er muß zu einer Anklage gegen die Wirtschaftsanarchie und zu einem Appell für den Zusammenfluß in der Genossenschaftsbewegung werden. Die in 77 500 Genossenschaften zusammengeschlossenen 70 Millionen Menschen, die sich zum Genossenschaftsgedanken bekennen, müssen am 2. Juli erneut ihre wirtschaftliche internationale Verbundenheit zum Ausdruck bringen. Sie müssen wiederum gelassen, ihre Anstrengungen zu verdoppeln, um den Genossenschaftsgedanken in jedem Dorf und in jeder Hütte heimisch zu machen, damit so die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden für ein Erstarben der Volkswirtschaften und der Weltwirtschaft auf einer höheren kulturellen und sittlichen Stufe.

**Wie wird das Geld der deutschen Steuerzahler verwandt?** Die Beantwortung dieser Frage interessiert sicher allgemein. Nach amtlicher Auskunft verteilen sich 100 M. Steuern folgendermaßen: 13,70 M. für Kriegsbefähigte, Rentner und Kriegsgeldbesitzer, 13,10 M. für das Fährlosgewesen, 12,50 M. für die Schulen, 9,60 M. für Leistungen an Kriegsgeldbesitzer, 8,30 M. für Wirtschaft und Verkehr, 6,80 M. für Erwerbslose und Arbeitsnachweis, 6,30 M. für Wohnungswesen, weitere je 5 M. für Heer und Marine, für Polizei, für Finanz- und Steuerverwaltung, 4,30 M. für allgemeine Verwaltung, 3,70 M. für Schuldenzinsen, 2,20 M. für Kunst und Wissenschaft, je 2,10 M. für Justiz und für Verteidigung, und schließlich 1 M. für die Kirche.

**Trotz Krise Zunahme der Rundfunkteilnehmer.** Am 1. April 1932 waren in Deutschland 4 168 440 Rundfunkteilnehmer angemeldet. Darunter befanden sich 356 837 Arbeitslose, Blinde, Schwertriebsbefähigte usw., die keine Gebühren zu zahlen hatten. Seit dem 1. Januar ist eine Zunahme um 187 488 Hörern zu verzeichnen. Davon sind 114 611 gebührenpflichtig und 72 877 gebührenfrei. Dagegen Angaben lassen deutlich erkennen, daß der Rundfunk selbst in der schärfsten Wirtschaftskrise über eine günstige Entwicklung zu berichten vermag. Im öffentlichen Leben ist jedenfalls das Radio nicht mehr wegzudenken. Die deutsche Hörerschaft wird in Europa nur noch von Großbritannien übertroffen, wo Ende April 1932 4 686 791 Hörer gezählt wurden. Und dennoch haben sich bisher die verantwortlichen Instanzen der Reichspost mit Händen und Füßen dagegen gewehrt, daß der wachsenden Notlage aller Arbeitslosen Rechnung getragen wird und sie von den Rundfunkgebühren befreit werden. Dieser Widerstand muß endlich aufgehoben werden. Nachdem durch die letzte Konferenz die Unterhaltungsgebühren in allen Zweigen der Arbeitslosenfürsorge angegriffen worden sind und die Bedürftigkeitsprüfung ganz allgemein eingeführt worden ist, wäre es eine große Ungerechtigkeit, wenn man die Befreiung von den Rundfunkgebühren auch weiterhin lediglich auf die Empfänger von Renten- oder Wohlfahrtsunterstützung erstrecken würde. Künftig sollten alle Arbeitslosen, ganz gleich, von welchem Zweck der Arbeitslosenfürsorge

Die unterstellt werden, in den Genuss des Gebührenerlasses kommen. Die sozialdemokratischen Vertreter im Verwaltungsrat der Reichsbahn haben dementsprechend eine Ausdehnung der Bestimmungen über den Gebührenerlass verlangt, und es ist die Pflicht des Arbeitsausschusses, der am 24. Juni zusammentritt, daß er diese Ausdehnung zum 1. Juli beschließt.

Die Reichsbahn gehört dem Reich. Der Hauptbeamtenrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, die berufene Vertretung der gesamten Reichsbahnbeamtenchaft, behandelte in seiner Vollversammlung am 14. und 15. Juni 1932 in Berlin die gegenwärtige, überaus schwierige wirtschaftliche und personalpolitische Lage der Reichsbahn. Die Hauptursache dieses Zustandes ist auf die Reparationsbelastung der Reichsbahn zurückzuführen. Die bevorstehende Reparationskonferenz in Lausanne soll nunmehr eine Neuordnung bringen. Der Hauptbeamtenrat ist der Überzeugung, daß nur dann eine Gesundung eintreten kann, wenn die Reichsbahn von allen politischen Kasten befreit und sie wieder dem Reich unterstellt wird. Er fordert: 1. Befreiung der Deutschen Reichsbahn von Reparationslasten jeder Art; 2. Befreiung der gegenwärtigen Gesellschaftsform der Reichsbahn und Rücküberführung in unmittelbare Verwaltung des Reichs. Er erwartet, daß die Reichsregierung diese Forderungen in Lausanne vertritt. Diese Forderungen des Hauptbeamtenrats kommen nicht nur angesichts der Konferenz in Lausanne zur rechten Zeit. Denn nachdem die Reichsbahn-Gesellschaft bereits den Betrieb der Schläfen- und Speisewagen an die Mitropa verpachtet hat, nachdem wesentliche Teile des Frachtkartenverkaufs an die Mittel-europäischen Reisebüros abgetreten worden sind, nachdem auch in die Oberbauunterhaltung private Tiefbaufirmen eingeschaltet worden sind, will man weitere wesentliche Teile des Eisenbahngeschäfts dem Privatkapital überantworten. Das liegt in der Linie einer Politik, die nur die Beförderung der Ziele als Aufgabe der Reichsbahn-Gesellschaft bestehen läßt, das gesamte Aufwertungsweesen aber dem privaten Unternehmertum webers Erreichung von Sonderproften aushängen will. Niemand wird glauben wollen, daß ein Privatunternehmer als Pächter von Teilen des Eisenbahnbetriebs auftritt, ohne dabei zu verdienen. Es gilt, dem Bemühen der allmächtigen Privatfinanzierung der Reichsbahn beizutreten entgegenzutreten, weil mit der Privatfinanzierung die hinterhältige Absicht verbunden ist, das Reichsbahnpersonal auseinanderzureißen und zu schwächen.

Die Jahresberichte des literarischen Zentralblattes. Sie erschienen kürzlich im 8. Jahrgang für das Jahr 1931. Die Deutsche Bücherei in Leipzig gab sie unter der Schriftleitung von Viktor Hofstafer Hr. Praesent heraus, der Börsenverein deutscher Buchhändler nahm sie in seinen Verlag (Preis 55 M.) und die Firma Radelli & Hille druckte den stattlichen Band recht lauber. Das Werk ist weit mehr als etwa nur ein Jahresregister zum „Literarischen Zentralblatt“. Der Wissenschaftler, sei er nun Forscher, Gelehrter oder Praktiker, braucht für seine Berufsarbeit eine Übersicht über die Umwege von Neuererscheinungen, die alljährlich auf den Buchmarkt geworfen werden. Eine solche Übersicht hat auch den Vorteil, daß sie in begrenztem Umfang auf einer Planwirtschaft in der literarischen Produktion anregt. Während sich das „Literarische Zentralblatt“ mehr oder weniger ausschließlich mit den einzelnen Neuererscheinungen befaßt, beschränken sich die Jahresberichte auf die Titel- und Verfassernamen. Bei Büchern sind außerdem noch die Verleger verzeichnet, bei Zeitschriftenartikeln die Namen der Zeitschrift samt Datum und Seitenzahl. Anonyme Bücher sind nur mit den Titeln eingereiht, Zeitschriftenartikel und Verfassernamen fehlen dagegen. Berüh-

richtigt wurden nur die wichtigsten wissenschaftlichen Arbeiten. Was als die wichtigsten zu gelten hatte, blieb der Beurteilung von akademischen Fachleuten aus den 30 Literaturgruppen zur Entscheidung vorbehalten. So mag man es bedauern, daß mancherlei populär-wissenschaftliches Literaturgut nicht aufgenommen wurde, dessen Wichtigkeit für die Volksbildung wohl nicht bestritten werden dürfte. Immerhin, in Deutschland gibt es eine ganze Menge von Wissenschaftlern, die durch ihre literarische Betätigung das Prädikat der besonderen Wichtigkeit erworben haben. Rund 24 000 Verleger warten in den Jahresberichten mit rund 32 000 Büchern und Zeitschriftenbeiträgen auf! Die Titellänge beanspruchte allein 1122 von 1256 Spalten. Viele Autoren sind nur mit einer Arbeit vertreten, einzelne jedoch mit einer ganz erstaunlichen großen Produktion. Das Register der Verleger und das besondere Register der Gelehrten beweist dies deutlich. So sind die Jahresberichte nicht nur ein sehr gutes Hilfsmittel zur wissenschaftlichen Arbeit, sondern auch ein Spiegelbild unseres Geisteslebens überhaupt.

Keine politische Zeitnotizen. Am 28. Juni unterzeichnete der Reichspräsident eine Ergänzungsverordnung zur Notverordnung vom 14. Juni, durch die die Länderregierungen zur Durchführung dieser Notverordnung gezwungen werden sollen. Der Reichsinnenminister von Gans hat an den preussischen Innenminister Seeger das Erlauchen gerichtet, den „Vorwärts“ und die „Königliche Volkszeitung“ auf fünf Tage zu verbieten, und zwar das rheinische Zentrumsorgan wegen scharfer, aber berechtigter Kritik des Verhaltens des neuen Reichsfanzlers v. Papen in Lausanne und den „Vorwärts“ wegen einer illustrierten Charakterisierung der Rentenföhrungen durch Notverordnung und der Geldverschwendung für die neuen Naziflamotten. Die preussische Regierung beschweift die rechtliche Zulässigkeit einer solchen Forderung und hat das Reichsgericht zur Entscheidung angerufen.

Briefkasten

Schm. in B.: Die Sache ist in Ordnung und empfehlenswert. Verh. Grün! - R. in B.: ... (Text continues with various letters and responses)

Verbandsnachrichten

Hauptversammlung. Reisende Kollegen, die nach der Schweiz gehen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie zum Bezug des Viaticums in der Schweiz erst berechtigt sind, wenn 26 deutsche als Gehilfe beigeführt worden sind. Die im deutschen Verband in Vollbeiträge umgerechneten Lehrlingsbeiträge kommen also für den Unterstühtungsbezug in der Schweiz nicht in Frage.

Stallkassen einleiten!

Spätester Einleitungstermin für Mai & Juni. Einleitung für die Führung der Arbeitskollektiven 28. Mai. Auf nächste Frankfurterin ist zu achten.

Was ist der Saak. Wir machen darauf aufmerksam, daß in der Buchdruckerei von J. J. W. ... (Text continues with a notice)

vorher beim Hauptverleger ... (Text continues with a notice)

Welsch. Die Zeiter Herbert ... (Text continues with a notice)

Wannheim. Wahl der Delegierten ... (Text continues with a notice)

Reise- und Arbeitslosenunterstützung

Berlin. Das Verbandsbuch ... (Text continues with a notice)

Deutscher Bericht. (Beitrag) ... (Text continues with a notice)

Donnerstag. Wegen schlechter ... (Text continues with a notice)

Kolber. Infolge der ... (Text continues with a notice)

Schleibitz. Infolge der ... (Text continues with a notice)

Veranstaltungskalender

- Dresden. Maschinensekretär ... (List of events and dates)

Aus dem Inhalt der vorliegenden Nummer 53

(2. Juni 1932)

- Artikel: Freiheitssinn der ... (List of article titles and authors)

Anzeigenpreise: 15 Pf. die siebengefaltene ... (Text continues with pricing information)

Anzeigen

Annahmefluß: Montag und Donnerstag ... (Text continues with submission rules)

SPART BEI DER BANK DER ARBEITER, ANGESTELLTEN UND BEAMTEN, BERLIN. Includes logo and address information.

Gewerkschafter! Für 49,20 M. monatlich. Includes details about membership and costs.

Gewerkschaftsmitglied denke daran. Includes information about the Central Association of Employees.

Gratis Monotype- & Ziffer. Includes details about typewriter services and prices.

Offset- und Siebdruck. Includes details about printing services.

Hans Milborn. Includes details about a business or service.

MANN TRAU. Includes details about a business or service.

Milred Maier. Includes details about a business or service.

Ernst Dietrich. Includes details about a business or service.

Herrn Erwin Graumann. Includes details about a business or service.

Advertisement for a business or service, including contact information.